

«Eitelkeit darf nicht im Weg stehen»

Demonstration Knapp 70 Personen versammelten sich gestern auf dem Peter-Kaiser-Platz in Vaduz und demonstrierten gegen die hohen Gesundheitskosten. Nun seien die Politiker gefragt, die «Fehlentscheidungen im Gesundheitswesen zu beheben».

Susanne Quaderer
squaderer@medienhaus.li

Auf den Klinkersteinen des Peter-Kaiser-Platzes spiegelte sich gestern der graue Himmel. Ein trister Tag. Nicht aber für rund 70 Demonstranten. Sie standen mit bunten Regenschirmen und dicken Jacken auf dem Platz vor dem Regierungsgebäude und forderten vom Staat mehr Unterstützung bei den Gesundheitskosten. Für sie war der gestrige Tag ein Aufbruch und ein Stück weit auch Zuversicht auf Besserung ihrer Situation. Dilan Ipek, eine der Initiantinnen erklärte: «Irgendjemand muss «Stopp!» sagen und wenn wir es schaffen, dass die Politiker uns anhören, dann wird sich hoffentlich etwas ändern.»

Die Demonstranten repräsentierten einen Schnitt durch alle Altersklassen: Kinder rutschten über den Peter-Kaiser-Platz und wurden immer wieder von ihren Müttern zu Vorsicht ermahnt. Pensionisten standen in der Runde und diskutierten über den Selbstbehalt, der unbedingt abgeschafft werden müsse. Mütter unterhielten sich darüber, dass sie

nur noch in äussersten Notfällen zum Arzt gehen würden.

Um kurz nach 17 Uhr liefen die Initianten mit weissen Bannern, auf denen in schwarzen Grossbuchstaben ihre Forderungen standen, auf: Die Rückkehr zur Solidargemeinschaft in der Krankenversicherung, die Senkung von Franchise und Selbstbehalt auf ein vernünftiges Mass, die Erhöhung des OKP-Staatsbeitrags, die Erweiterung der Prämienverbilligung zur Entlastung des Mittelstandes sowie die Abschaffung des Leistungsaufschubs wurden gefordert. Sie reihten sich aneinander auf und dies direkt vor dem Eingang des Regierungsgebäudes.

«Prämiengeschenk mit Schattenseiten»

Der Gesundheitsminister war an der Demonstration nicht anwesend. Bereits gestern Mittag betonte Mauro Pedrazzini gegenüber Radio L, dass er nicht erscheinen werde: «Die Demonstranten nehmen ihr Recht auf freie Meinungsäusserung wahr und das ist gut so.» Er bot ihnen aber an, sich mit ihm an einen



Die Forderungen wurden auf weissen Bannern präsentiert.

Bilder: Nicolaj Georgiev

Tisch zu setzen. Denn bis anhin haben sie das Gespräch mit dem Gesundheitsminister nicht gesucht.

Um ungefähr halb sechs Uhr war die Zeit gekommen, ihren Forderungen eine Stimme zu geben. Eine junge Frau las sie mit scharfer Stimme von insgesamt drei A4-Zetteln vor. «Die Regierung hat das Stimmvolk mit sinkenden Prämien angelockt und in der Folge eine knappe Mehrheit zu einer Ja-Stimme bewegt.» Die Konsequenzen dieses Prämien-geschenkes würden nun diejenigen Einwohner bezahlen, die gesundheitliche Probleme hätten und medizinische Leistungen in Anspruch nehmen müssten. Dass im Gegenzug die Franchise sowie der Selbstbehalt deutlich angehoben wurde, hätten die Einwohner in Kauf genommen. «Nun muss das Prämien-geschenk von jedem Stimmbürger gegenfinanziert werden», las sie weiter vor. Und obwohl alle von der Prämienre-

duktion betroffen seien, seien das weitaus nicht alle von einer erhöhten Kostenbeteiligung. «Mittlerweile haben viele Einwohner realisiert, dass das Prämien-geschenk seine Schattenseiten mit sich gebracht hat.» Nur die gesunden Menschen konnten durch die Prämienreduktion profitieren, erklärte sie. Diese Betrachtung sei aber sehr kurzfristig, denn niemand sei davor geschützt, krank zu werden. «Alle Bürger die keine staatliche Unterstützung erhalten, weil sie leicht über den Grenzwerten liegen, werden von den Gesundheitskosten mit voller Wucht getroffen.» Müsse zudem noch die Franchise oder der Selbstbehalt bezahlt werden, würden viele Bürger an ihre finanzielle Grenze stossen und oftmals sogar darüber hinaus.

«Unsolidarisches System»

Die junge Frau las ihre Sätze schnell, aber bestimmt vor. Sie

hänge an, dass es aufgrund der guten finanziellen Lage von Liechtenstein problemlos möglich sei, den OKP-Staatsbeitrag anzuheben und auch die Franchise und den Selbstbehalt wieder auf ein moderates Niveau zu senken, auch wenn die Prämie dadurch wieder steigen müsste. Da der Staatsbeitrag direkt auf die Prämien wirkt, könnte dies jedoch ausgeglichen werden. «Es ist grundlegend un-solidarisch, das Prämien-geschenk von den Kranken gegenfinanzieren zu lassen.» Nun sei die Politik gefragt. Dazu betonte sie: «Eitelkeit darf bei diesem Thema nicht im Weg stehen.» Es sei allerhöchste Zeit, Fehlentscheidungen im Gesundheitswesen zu beheben. Dafür ertete sie von den Anwesenden viel Applaus und «Bravo»-Rufe.

Gegen 18 Uhr löste sich die Demonstration langsam auf – auch wegen den kühlen Temperaturen. Die letzte wird es höchstwahrscheinlich nicht gewesen sein.

Nachgefragt

«Wir sind zufrieden»

Sevim Karakoc ist eine der zehn Initianten der Demonstration.

Wie zufrieden sind Sie mit der Demonstration?

Sevim Karakoc: Wir haben uns mehr erhofft, aber für dieses Wetter ist es gar nicht so schlecht. Somit sind wir zufrieden.

Sind weitere Demonstrationen geplant?

Wir wollen abwarten und sehen, was sich ergibt. Vorerst werden wir weitermachen.

Werdet Ihr dem Gesprächsangebot von Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini nachkommen?

In den nächsten Tagen werden wir als Gruppe zusammensitzen und gemeinsam darüber bestimmen, wie wir weiterfahren sollen.

Ist die Gesprächsannahme nicht klar?

Nein, das betrifft die ganze Gruppe und wir hatten noch keine Zeit, uns darüber zu unterhalten.

Falls Ihr weiter demonstriert, wird das immer am Donnerstag um 17 Uhr sein?

Nein, wir schauen, dass wir künftig erst um 18 Uhr beginnen.



Sevim Karakoc.

Patientenorganisation unterstützt Forderungen

Für die Liechtensteiner Patientenorganisation (Lipo) ist es nicht erstaunlich, dass es Demonstrationen gegen den Anstieg der Gesundheitskosten gibt. Dies sei nur «folgerichtig», heisst es in einer Stellungnahme (Seite 7).

«Die Lipo ist in ihrer täglichen Arbeit für ihre Klienten direkt mit den Auswirkungen und Belastungen von hohen Prämien, Kostenbeteiligungen und Leistungsaufschüben auf Versicherte und Patienten konfrontiert», heisst es in der Mitteilung. Zwar habe man teilweise auf dem Ge-

richtsweg in Einzelfällen Erfolge erzielen können, «doch auf politischem Gebiet» sei man bislang nicht gehört worden.

Aus diesem Grund steht die Lipo auf der Seite der Demonstranten: «Die Liechtensteiner Patientenorganisation unterstützt klar die Forderungen nach einer Entlastung der Bevölkerung, insbesondere bei den unteren und mittleren Einkommensschichten, und fordert die Ausweitung des Prämienverbilligungssystems und die Senkung der Kostenbeteiligung.» (sap)

Staatsgerichtshof stoppt Gesundheitsminister

Leistungssperre Wer seine Krankenkassenprämie nicht gezahlt hat, wurde nur noch im Notfall behandelt. Dieses Recht gab die Regierung den Krankenkassen. Das ist nicht vom Gesetz gedeckt, urteilte der Staatsgerichtshof. Nun muss man über die Bücher.

Die Liechtensteiner Patientenorganisation (Lipo) und die Ärztekammer haben schon länger auf die Problematik der sogenannten «Leistungsaufschübe» hingewiesen. Wer Ausstände bei den Prämien hat und auf das Mahnschreiben nicht reagiert hat, wurde von den Krankenkassen damit belegt. Somit wurde eine Behandlung nur noch im Notfall von der OKP übernommen. Ende 2018 waren 290 Versicherte von dieser Massnahme betroffen.

Möglich machte diese Massnahme eine Anpassung der Krankenversicherungsverordnung (KVV) durch die Regierung. Vor dieser Änderung konnten die Krankenkassen diese Massnahme nur ergreifen, wenn die ausstehenden Zahlungen, wie sonst in der Wirtschaft üblich, auch nach einer Zwangsvollstreckung uneinbringlich waren. Gegen eine solche Leistungssperre hat sich

ein Versicherter gerichtlich gegen seine Krankenkasse zur Wehr gesetzt. Im Rahmen dieses Prozesses hat das Obergericht einen sogenannten «Normenkontrollantrag» beim Staatsgerichtshof gestellt. Der Staatsgerichtshof hatte zu prüfen, ob die Verordnung von Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini vom Krankenversicherungsgesetz gestützt wird oder nicht.

Gericht fordert «sozial verträgliche Lösung»

Der Entscheid ist klar: Der Landtag als Gesetzgeber hat mit dem Krankenversicherungsgesetz die Leistungsaufschübe nicht legitimiert. Der Staatsgerichtshof hat den entsprechenden Verordnungsartikel per sofort aufgehoben. Dem Antrag von Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini, dies erst in einem Jahr zu tun, kam das Gericht nicht nach. Der

Staatsgerichtshof liess es in seiner Urteilsbegründung offen, «ob eine, wenngleich nur vorübergehende, Sistierung von Leistungen in einem System der obligatorischen Krankenversicherung eine taugliche und sachlich zielführende Reaktion auf einen Zahlungsverzug darstellt». Auch in der Schweiz ist eine solche Sanktion umstritten, da sie das Obligatorium der sozialen Krankenversicherung in Frage stellt. Auf jeden Fall darf die Regierung eine solche nicht verordnen. «Vielmehr wäre es Sache des Gesetzgebers, für diese Fälle eine angemessene und sozial verträgliche Lösung zu finden und zu implementieren», schreibt der Staatsgerichtshof. Und das Gericht stellt auch fest, «dass ein auch nur vorübergehender Wegfall von Versicherungsansprüchen im Krankheitsfall für die davon Betroffenen einschneidende Folgen hat, zumal sie auch

Menschen treffen wird, deren Säumigkeit bei der Entrichtung der Beiträge nicht auf Leistungsunwilligkeit, sondern auf Leistungsunfähigkeit zurückzuführen ist.» Selbst der Verweis auf die Möglichkeit der Sozialhilfe schliesst für das Gericht «die im Einzelfall erheblichen Härten nicht aus, die mit dem Entzug einer adäquaten Gesundheitsversorgung verbunden sind».

Lipo erfreut, Krankenkassen trotzig

Die Liechtensteiner Patientenorganisation (Lipo) zeigt sich in einer Stellungnahme erfreut über die Entscheidung des Staatsgerichtshofes. Man habe sich schon mehrfach gegen die Leistungsaufschübe ausgesprochen «und hat das Problem auch im Seminar zur Weiterentwicklung des liechtensteinischen Gesundheitswesens thematisiert – jedoch bisher

erfolglos», heisst es von Seiten der Lipo. Auch die Ärztekammer hat sich bisher gegen diese Massnahme ausgesprochen. Sie wollte sich gestern aber nicht zum Urteil äussern.

Eine Mitteilung versandte aber der liechtensteinische Krankenkassenverband (LKV). Darin erklärt Geschäftsführer Thomas A. Hasler, derzeit Rechnungen in der Höhe von rund 170 000 Franken pendend gehalten worden seien. Diese werden nun zur Zahlung an die Leistungsträger freigegeben. Und dazu erklärt er etwas trotzig: «Die Zahlung dieser Rechnungen an die Leistungsträger wird nun auf die Versicherungsgemeinschaft bzw. die über 99 Prozent der Versicherten übergewälzt, welche regelmässig ihre Prämien zahlen.» Die 290 Personen mit Leistungsaufschüben hätten derzeit Prämienausstände von 2,7 Millionen Franken

oder durchschnittlich gut 9300 Franken. Einig ist man sich nach dem Gerichtsentscheid nur in einem Punkt: Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini und der Landtag müssen über die Bücher. Es braucht eine neue Lösung – vielleicht ist es auch einfach die alte.

Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li

Spargelhof
SCHMIDL
eigener Anbau aus Bayern
Immer dienstags
und samstags
«Unser Markt»
in Feldkirch
Nähe
Johanniterkirche
Saisonstart!
0049-8443-91130